



## Glasgow, die Ampel und das Klima Ein Kommentar

Die Weltklimakonferenz in Glasgow soll die klimapolitischen Ambitionen steigern, ihre Finanzierung sichern, Regeln finalisieren. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will mit Europa vorangehen, damit der Rest der Welt folgt. Die Ampel in Deutschland surft auf derselben Welle, rechnet sich große Chancen für unsere Industrie aus. Ambitionen, Zieldebatten und wohlfeile Absichtserklärungen gibt es genug. Viel Geld ins Schaufenster zu stellen, ist keine hinreichende Antwort auf den Klimawandel so lange nicht klar ist wofür, ob das trägt und wie das zu schultern ist. Klimapolitik darf sich nicht in nationalstaatlichem oder fördertechologischem Kleinklein verlieren oder zu tonnengenauen Zielvorgaben für einzelne Sektoren versteigen. So landen wir in bürokratischer Planwirtschaft.

Effektive Klimapolitik muss Ziele vorgeben, aber auch verlässliche Wege aufzeigen, Strategien entwickeln, konkrete Antworten auf Anpassungsprobleme geben, notwendige Voraussetzungen in der Infrastruktur schaffen. Es ist abzugrenzen, was Aufgabe des Staates und was Aufgabe der Wirtschaft ist. Die Politik muss den Rahmen vorgeben, die Wirtschaft dann aber machen lassen. Klimapolitik muss mit der Wirtschaft erfolgen, nicht gegen sie.

### Internationale Klimaallianzen an die erste Stelle der Klimapolitik setzen

Die Bundesregierung muss internationale Klimapartnerschaften an die erste Stelle der Klimapolitik setzen. Zwar ist die klimapolitische Bilanz des G20 Gipfels in Rom ernüchternd. Dennoch: Der Anteil Europas oder Deutschlands an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen ist zu klein, als dass man im Alleingang weltweit nennenswerte Beiträge zum Klimaschutz leisten könnte. Was wir einsparen verbrauchen andere. Nationale Klimaziele wären zu teuer erkaufte, wenn Produktion ins Ausland verlagert würde. Bisher gibt es keinen realistischen Weg, Carbon Leakage zu verhindern. Echte Fortschritte kann es nur durch belastbare globale Klima-Partnerschaften geben. Länder wie die USA, China, Indien und Russland müssen zwingend dabei sein. Dieser Weg ist mühselig. Aber ohne internationale Vereinbarungen verpuffen europäische oder deutsche Alleingänge. Solange keine wirksamen internationalen Klima-Vereinbarungen vorliegen, darf die Wirtschaft in Deutschland und Europa klimapolitisch nicht überfordert werden, sonst würden wir sie ab.

### Emissionshandel zum zentralen Instrument der Klimapolitik machen

Die Bundesregierung muss den einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preis im Rahmen des Emissionshandels zum zentralen Instrument der Klimapolitik machen. Ein einheitlicher CO<sub>2</sub>-Preis, der über alle Sektoren hin derselbe ist, stellt sicher, dass die Klimaziele erreicht werden und das zu niedrigsten, wenngleich nicht zu niedrigen Kosten. Dies muss verbunden werden mit einem sozialen Ausgleich für die Bürger und einer Kompensation der Wettbewerbsnachteile für die Wirtschaft. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel bzw. dem CO<sub>2</sub>-Preis müssen vollständig an Bürger und Wirtschaft zurückgegeben werden. Dies geschieht am besten über

eine Abschaffung der EEG-Umlage und eine Senkung der Steuern und Abgaben auf Strom und Energie. Die Einnahmen dürfen nicht für andere Zwecke verwendet werden. Weil es keinen wirksamen Schutz gegen Carbon Leakage gibt, braucht die Wirtschaft zudem Kompensationen, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Die Möglichkeit einer freien oder günstigen Zuteilung von Zertifikaten gehört dazu.

#### Klimapolitik braucht Innovationen und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft

Die Märkte für „grüne“ Technologien wachsen und bieten große Chancen für innovationsstarke Industrien. Der Wettbewerb um Technologieführerschaft ist in vollem Gange. Europa und Deutschland haben eine gute Ausgangsposition. Aber es ist keinesfalls so, dass wir hier unangefochten an der Spitze stünden. Die USA wie China haben milliardenschwere Investitionspakete auf den Weg gebracht. Vor diesem Hintergrund bringt es wenig, wenn sich Politik auf das Aus des Verbrenners konzentriert oder sich mit einem Tempolimit beschäftigt. Technologieführerschaft bemisst sich nicht allein an der Zahl der Elektroautos. Mit politischen Technologievorgaben geraten wir innovationspolitisch schnell in Sackgassen. Damit die Wirtschaft die Transformation durch Investitionen und Innovationen stemmen kann, braucht sie Flexibilität. Die klimapolitische Transformation muss technologieoffen und technologieutral erfolgen. Für die enormen Investitionen in eine technologie neutrale Wirtschaft brauchen die Betriebe Spielräume. Der Staat muss Anreize schaffen durch eine Senkung der Unternehmenssteuern auf 25 Prozent, durch eine mutige steuerliche FuE-Förderung, durch bessere Abschreibungsregeln, durch steuerliche Anreize für Investitionen in Wagniskapital, durch eine Belebung der Kapitalmarktkultur.

#### Klimapolitik mit soliden Staatsfinanzen gestalten

Die Bundesregierung darf auch in der Klimapolitik Budgetrestriktionen nicht ignorieren. Damit die Transformation gelingt, muss der Staat erhebliche Investitionen schultern. Dazu gehört u. a. ein massiver Ausbau der Energieinfrastruktur, um die Stromlücke verlässlich zu schließen. Der enorme Finanzierungsbedarf ist aber kein Grund, den Stabilitäts- und Wachstumspakt oder die Schuldenbremse auszuhebeln. Diese bieten Spielräume für Investitionen. Klimapolitik muss und darf auch nicht allein durch neue Schulden finanziert werden. Umschichtungen im Haushalt und neue Prioritäten bei den Ausgaben schaffen substanzielle Spielräume. Mit der Klimapolitik gibt es neue Prioritäten. Maßstab sollte sein: Zukunftsinvestitionen können mit Schulden finanziert werden, alle Gegenwartsausgaben und Transfers müssen aus den laufenden Steuereinnahmen finanziert werden. Die Transformation ist machbar, ohne die Solidität der Staatsfinanzen aufs Spiel zu setzen.

#### **Weitere Informationen und V.i.S.d.P.:**

Dr. Johann Schachtner  
Generalsekretär